

Pressemitteilung VBE

Berlin, 03.12.2025
PM 42_25

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
M.+ 49 151 - 61 54 67 63
www.vbe.de

Auftakt Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)

Astronomische Enttäuschung

„Auch wenn das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde nach den ersten Äußerungen der TdL im Vorfeld erwartbar war, zeigt sich: die Arbeitgeberseite hat die Dringlichkeit der Stunde nicht verstanden. Wer von ‚astronomischen‘ Forderungen spricht, sollte einen Tag lang in einer Schule arbeiten: überfüllte Klassen, Unterrichtsausfall, hohe Krankenstände sowie steigende Anforderungen in der Inklusion, Sprachförderung und psychosozialen Betreuung“, kommentiert **Rita Mölders**, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Arbeitsbereich Tarifpolitik, die Ergebnisse der ersten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder.

Diese fand heute, am 3. Dezember 2025, zwischen Gewerkschaften (dbb beamtenbund und tarifunion und ver.di) und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der die Finanzministerien der Länder – mit Ausnahme Hessens – vertreten sind, in Berlin statt. Hessen verhandelt separat über einen neuen Tarifvertrag.

In der ersten Verhandlungsrunde erhoben die Gewerkschaften die in der Bundestarifkommission festgelegten **Kernforderungen**:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens 300 Euro
- Erhöhung der um 20 Prozentpunkte gemäß § 8 Abs. 1 TV-L
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden sowie Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich
- Laufzeit: 12 Monate

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder bezeichnet die Forderungen der Gewerkschaften im Vorfeld als „astronomisch“ und „nicht erfüllbar“. Mölders stellt klar: „Das Einzige, was in diesem Zusammenhang astronomisch ist, ist die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen in den Kitas und Schulen. Die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen sind nicht überzogen, sondern eine notwendige Reaktion auf steigende Arbeitsbelastungen, Personalmangel und reale Preissteigerungen. Wer einen leistungsfähigen Staat und eine gute Bildung will, muss seine Beschäftigten fair behandeln und angemessen bezahlen. Eine faire Einkommensanpassung ist keine Belastung, sondern eine

Johannes Glander
Pressereferent des VBE
presse@vbe.de

Der VBE ist eine der beiden großen Bildungsgewerkschaften in Deutschland. Er vertritt ca. 164 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

VBE Landesverbände

VBE Baden-Württemberg
BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
VBE Berlin
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband
VBE Bremen
VBE Hamburg im DLH
VBE Hessen
VBE Mecklenburg-Vorpommern
VBE Niedersachsen
VBE Nordrhein-Westfalen
VBE Rheinland-Pfalz
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE
VBE Sachsen-Anhalt
VBE Schleswig-Holstein
tlv thüringer Lehrerverband

Investition in die Zukunft: in unsere Kinder und Jugendlichen, in unsere Schulen und in die Qualität des öffentlichen Dienstes. Noch einmal: Die Forderungen als ‚astronomisch‘ abzutun, ist nicht sachlich, sondern abwertend gegenüber den Beschäftigten in den Schulen, die tagtäglich bis an ihre Leistungsgrenzen und weit darüber hinaus gehen, um eine bestmögliche Bildung zu sichern. Wertschätzung zeigt sich anders! Wertschätzung zeigt sich in besseren Bedingungen und in einem Tarifabschluss, der uns nicht zurücklässt, sondern voranbringt.“

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, ergänzt: „Wenn junge Menschen heute aus der Schule kommen, stehen ihnen eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. Als Arbeitgeber muss man herausstechen und mit guten Arbeitsbedingungen und einem fairen Miteinander glänzen. Die Außenwirkung der Tarifverhandlungen und die Einstellung der Arbeitgeberseite sind aktuell leider keine Werbung für den öffentlichen Dienst. Für die kommenden Verhandlungsrunden ist ein Umdenken der TdL zentral. Nur so kann es gelingen, erste Schritte auf dem Weg zu besseren Arbeitsbedingungen zu gehen.“

Für ein gutes Verhandlungsergebnis in Potsdam braucht es eine starke Geschlossenheit der Mitglieder im Verband Bildung und Erziehung. Rita Mölders schwört die Kolleginnen und Kollegen ein: „Wir müssen, wie schon bei der letzten Einkommensrunde, zusammenhalten und zeigen, dass wir die Stärke und Kraft haben, unsere Themen gemeinsam nach vorne zu bringen, wenn notwendig, auch auf der Straße.“

Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 15. bis 16. Januar 2026, die abschließende dritte Runde für den 11. bis 13. Februar 2026 geplant.

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.